

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

14.1.1922 (No. 12)



Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Verantwortlicher: R. 975 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 30 P. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anwerter keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Poincaré.

Die ganze Welt scheint sich schon heute darüber einig zu sein, daß der ehrgeizige und eitle Herr Poincaré an seiner Ministerpräsidentenschaft wenig Freude erleben wird. Und der neue Ministerpräsident wird bei allem Optimismus bereits selbst gefühlt haben, daß Frankreich mit dem neuen Schicksal der Welt, den sich die nationalisierte Kammermehrheit geleistet hat, so ziemlich bei sämtlichen Großmächten ins Fettnäpfchen getreten ist.

So sind denn auch die ersten offiziellen Verlautbarungen, die aus Paris in die Weite dringen, auf einen recht kläglichen Ton gestimmt, ganz im Gegensatz zu den wilden Fanfaronaden, mit denen die chauvinistische Presse sich selbst und ihren Lesern Mut einzureden versucht. Ist es nicht überaus schalkhaft, daß Herr Poincaré versichern läßt, er habe keineswegs vor, an dem Inhalt der Politik seines Vorgängers etwas zu ändern, sondern lediglich an dem Tone dieser Politik? Wahrscheinlich ist das so zu verstehen, daß Herr Poincaré bei der nächsten Besprechung mit Lloyd George Maschinengewehre und Handgranaten auffahren lassen, ihn gleich gehörig bei der Kravatte packen wird. Bieleicht wird er ihn auch nicht mit „Herr“, sondern mit einem etwas volkstümlicheren Ausdruck anreden, wie er unter den nationalistischen Schreibern der Boulevardsgang und gäbe ist. Was aber Italien und Amerika betrifft, so wird Herr Poincaré sich vielleicht im Verkehr mit diesen Staaten sogar den Ton Götz von Berlichingen zum Muster nehmen. Die Welt hat jedenfalls alle Veranlassung, diese neue Tonart des Herrn Poincaré mit Interesse abzuwarten.

Nun, im Ernst: Wir glauben, daß Herr Poincaré sich die Geschichte doch noch einmal reiflich überlegen wird. Denn wenn er nicht geradezu die Absicht hat, Frankreich im Verlauf von fünf Vierteln in einen aussichtslosen Krieg hineinzuhängen, so wird auch er sehr bald einsehen, daß die einzige Methode, die Frankreichs bedrohliche Isolierung beseitigen kann, die Methode der Verständigung ist.

Gewiß wird Herr Poincaré versuchen, bei seinen Besprechungen mit Lloyd George diesen für die Bewältigung der speziellen Wünsche des Pariser Nationalismus gefügig zu machen. Aber ob dieser Versuch auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hat? Die nationalistische Kammermehrheit in Paris scheint ja allerdings anzunehmen, daß eine schroffere Tonart England und den übrigen Alliierten mehr imponieren werde. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist dieser Glaube aber total irrig. Die Dinge dürften eher umgekehrt liegen. Ein vernünftiges und einsichtsvolles Frankreich hat wahrlich bessere Chancen, als ein vom imperialistischen Wahnsinn aufgeputztes Frankreich.

Der Humor, mit welchem Lloyd George in Cannes die Nachricht vom Rücktritt Briand aufgenommen hat, sollte niemanden über den Ernst der Lage hinwegtäuschen. Gewiß mag der Aufenthalt in dem schönen Städtchen Riviera für Lloyd George an sich nicht unangenehm gewesen sein. Aber man würde den Charakter dieses Mannes doch sehr falsch einschätzen, wenn man wirklich glauben wollte, daß er sich in der Politik an der Nase herumgerrenn lassen und mit guter Miene zusieht, wie eine Horde von Unzurechnungsfähigen ihm seinen mühsam bestellten Adler zerstampft. Möglich ist ja, daß den britischen Ministerpräsidenten die Überzeugung tröstet, daß das, was jetzt in Cannes hätte beschlossen werden können, ja doch in allernächster Zeit beschlossen werden muß. Und vielleicht ist er abgeklärt genug, um dem französischen Nationalismus noch einige Affentänze zu gönnen, bevor dieser Nationalismus sich zu Bett begibt.

In der Frage des Moratoriums hat Lloyd George zudem unbeeinträchtigt seinen Weg weiter verfolgt. Und so ist denn auch durch einen Beschluß der Reparationskommission Deutschland ein vorläufiger Zahlungsaufschub gewährt worden. Das heißt, die einzige Frage, die unbedingt sofort erledigt werden mußte, ist erledigt worden. Und die Reparationskommission hat — mit Majorität oder einstimmig? — Lloyd Georges Politik gebilligt.

Aber auch die Tatsache, daß Rathenau in unmittelbarer Verhandlung mit dem Obersten Rat die deutsche Auffassung hat vortragen können, bedeutet einen Erfolg der Politik Lloyd Georges. Denn gerade dieses Verhandeln am gemeinsamen Tisch ist es, was die Pariser Chau-

vinistenpresse verabsäumt. Noch gestern hat eines dieser Fehblätter offen erklärt, daß Frankreich sich bestens bedanke, mit einem Lenin oder einem Dr. BIRTH oder einem ihrer Vertreter am grünen Tisch zu sitzen. Nun, diese ganze nationalistische Hysterie mutet reichlich antiquiert an. Denn, wie man sieht, kümmert sich die Mehrheit der Entente unter der Führung Lloyd Georges nicht im geringsten um solche Unsinnsigkeiten. Und auch der Ton, in welchem Lloyd George mit Rathenau in der Sitzung verkehrt hat, war durchaus der der Höflichkeit und der Söcklichkeit.

Was die in Cannes gefaßten Beschlüsse betrifft, so vertritt der Oberste Rat den Standpunkt, daß die Konferenz faktisch ihre Aufgabe zum Teil gelöst habe. Insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der auch Deutschland und Rußland eingeladen werden sollen.

Welche Entscheidungen und Beschlüsse der Konferenz außerdem als bindend gelten sollen, wird allerdings nicht gesagt. Und ebensowenig wird die Frage beantwortet, ob der französische Vertreter dieser Auffassung, die als die Auffassung des Obersten Rates verkündet wurde, in aller Form zugestimmt hat.

Die Situation ist also, kurz gesagt, im Augenblick folgende: Wenn auch der Abbruch der Konferenz eine restlose Einigung innerhalb der Entente verbindet hat, so soll doch das „Aufgehoben“ kein „Aufgehoben“ sein. Und Lloyd George wird nun zweifellos daran gehen, Herrn Poincaré und seiner nationalistischen Kammermehrheit klar zu machen, daß auch sie in denselben Apfel beißen müssen, in den bereits Briand hineingebissen hat.

### Diktatur im Saarbergbau.

Man schreibt uns:

Die französische Bergverwaltung im Saargebiet führt sich sehr stark. Immer mehr setzt sie sich über die Wünsche der Saarbergleute, auch über die berechtigten, hinweg, und tut, was sie will. Dabei wird vielfach ein äußerst rücksichtsloses Vorgehen beibehalten. So hat die französische Bergverwaltung z. B. gegen den einmütigen Einspruch der Saarbergleute einfach verfügt, daß der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter ab 1. Dezember 1921 um 3 Franken je Schicht gekürzt wird. Das bedeutet bei dem Kursstand des Franken in den letzten Monaten eine Lohnkürzung von täglich 45 bis 50 Mark, oder monatlich etwa 1100 bis 1200 Mark. Als alle Proteste gegen diesen so erheblichen Lohnabzug, dazu noch in einer Zeit, in der die Teuerung gewaltig zunimmt, nichts halfen, sandten die Saarbergleute eine Delegation nach Paris zum Verwaltungsrat der Saargruben, der als die höchste Stelle für Fragen, die den Saarbergbau betreffen, gilt. Dieser hörte die Einwände der Saarbergleute gegen die Lohnherabsetzung an und erklärte dann, nicht er sei zuständig für die Regelung von Lohnfragen, sondern die Generaldirektion in Saarbrücken. Dabei hatte sich diese vorher dahin geäußert, daß sie durch den Verwaltungsrat in Paris zu ihren Maßnahmen veranlaßt worden sei. Ob nun sie, oder der Verwaltungsrat in Paris zuständig ist, ist nebensächlich. Tatsächlich läßt es bei dem Lohnabzug von 3 Franken je Schicht, hinzu kommt noch folgendes: Wie im übrigen deutschen Bergbau, war auch für die Saargruben ein Tarifvertrag für die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses abgeschlossen worden. Seit dem ersten Dezember aber besteht dort ein solcher für die Regelung der Löhne nicht mehr; denn die französische Generaldirektion in Saarbrücken hat ganz einfach die Kürzung des Lohnes diktiert. Daneben läßt sie immer größere Mißstände auf den Gruben einreißen. Auf einer Konferenz des Gewerkschafts der Saarbergarbeiter, die am 1. Januar 1922 in Saarbrücken stattfand, wurde von Delegierten z. B. behauptet, daß Arbeiter aus den Streden herausgenommen und zu Kohlenhauerarbeiten verwendet worden seien, damit recht viel Kohle gefördert würde. Die Streden litten darunter ganz gewaltig und gingen zu Bruch. Dabei würden die geförderten Kohlen auf Lager geschichtet, da für sie kein Absatz vorhanden sei. Verschiedentlich wurde auch berichtet, daß das Gebirge im vergangenen Monat, außer der Herabsetzung des Lohnes um 3 Franken je Schicht, wesentlich gekürzt worden sei. Falls die Arbeiter das herabgesetzte Gebirge nicht angenommen hätten, wäre bestreikt mit Kündigung gedroht worden. Eine Verhandlung wie sie augenblicklich auf den Gruben herrsche, sei in der Vergangenheit unter dem früheren Arbeitgeber noch nie zu Tage getreten.

Bezirksleiter Kuhnen ging ausführlich auf die Maßnahmen ein, die von den Organisationen als Abwehr gegen das Vorgehen der Bergverwaltung getroffen worden seien, bezog in Frage kamen. Dabei kam er auf die Umstände zu sprechen, die die Ansicht haben aufkommen lassen, daß die französische Bergverwaltung auf einen Streik hinarbeite, und sagte: „Wenn die Bergverwaltung glaubt, uns den Termin zu einem Kampf diktieren zu können, dann irrt sie sich gewaltig. Die Entscheidung zu einem solch wichtigen Schritt wird von uns

getroffen, und nur so, wie wir sie für richtig anmen. Wir können es verstehen, daß die Bergverwaltung den Wunsch hat, die Organisationen zu zertrümmern, um die lästigen Räuber los zu werden. Doch wir haben aus der Vergangenheit gelernt, und wir kennen unsere Freunde. Seid daher auf der Hut es geht in der nächsten Zeit ums Ganze! Sorgt für die Einheitsfront! Tragt mit dazu bei, daß endlich ein brauchbares Instrument zur Abwehr der Willkür geschaffen wird. Dieses müssen wir auch haben, um die Regierung zu veranlassen, nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat eine demokratische Regierung zu werden, die auch Verständnis für die sozialen Forderungen der Arbeiterbevölkerung an der Saat hat.“

Die Ausführungen der Redner fanden stürmischen Beifall. In der folgenden Aussprache wurden gegen die Bergverwaltung schwere Vorwürfe erhoben. Die Konferenz, die in der einmütigen Weise verlief, nahm zum Schluß einmütig zwei Entschlüsse an, wodurch mit aller Entschiedenheit gegen das diktatorische Vorgehen der französischen Bergverwaltung Verwahrung eingelegt wird. Desgleichen sowohl gegen die Lohnkürzungen, als auch gegen die beabsichtigte Kündigung des Vertrags des Saarbrücker Knappschaftsvereins mit dem deutschen Knappschafts-Mitbestimmungsverband. Zur letzten Frage wurde aus der Versammlung heraus der Vorschlag gemacht, passiven Widerstand zu leisten, indem alle Knappschaftsältesten ihre dienstliche Tätigkeit so lange einstellen, bis das Selbstverwaltungsrecht der Organe des Knappschaftsvereins, und die Mitbestimmung der Vertreter der Knappschaftsmitglieder wieder hergestellt und gesichert sei. Eine endgültige Beschlusfassung über die zu treffenden Abwehrmaßnahmen soll gemeinsam mit den anderen in Betracht kommenden Organisationen des Saargebietes erfolgen.

Auch auf knappschaftlichem Gebiete scheint der Arbeitgeber das ist die französische Bergverwaltung, diktieren zu wollen. Er beabsichtigt nämlich, trotz Einspruchs der Arbeitervertreter im Knappschaftsvorstand die Kündigung des Vertrags mit dem Knappschafts-Mitbestimmungsverband vorzunehmen. Die Bergarbeiter sehen darin eine schwere Schädigung ihrer Interessen, und den Versuch, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft auf knappschaftlichem Gebiete auszuschalten, zumal für die Kündigung keinerlei stichhaltige Gründe angegeben werden können.

Das Vorgehen der französischen Bergverwaltung hat bei den Saarbergleuten begreiflicherweise eine große Erregung hervorgerufen, die ohne Zweifel durch das diktatorische Vorgehen der französischen Bergverwaltung noch verschärft wird. Wie groß die Verstimmung der Bergleute ist, zeigt sich auf der genannten Konferenz der christlichen Bergarbeiter. Der Leiter der Konferenz, Gewerkschaftssekretär Karus, äußerte sich u. a. folgendermaßen: „Das Straßburger hat sich in einer Weise entwickelt, daß man sich fragen muß, ob die Gerechtigkeit überhaupt noch existiert, oder ob sie nicht längst erschlagen ist. Es geht ein Zug der Diktatur durch das Saargebiet, Nacht geht vor Recht. Die geräuschvoll veranstalteten Weihnachtsfeiern des Arbeitgebers können uns darüber nicht hinwegtäuschen. Sie sind Stimmungsmache für Paris. Gegen die Kündigung des Mitbestimmungsvertrags des Saarbrücker Knappschaftsvereins erheben wir den entschiedensten Widerspruch. Zur Begründung für die Kündigung wird u. a. gesagt, das Geld sei in Deutschland nicht sicher. Wir aber sagen, daß wir unser Geld lieber Deutschland anvertrauen, als sonst jemand. Das Selbstverwaltungs- und das Mitbestimmungsrecht der Knappschaftsältesten muß unter allen Umständen hochgehalten werden.“

Die katastrophale Wirtschaftslage im Saargebiet, die jetzt die Saarbergleute in diese Notlage hineingewingt, ist lediglich die von deutscher Seite von allem Anfang an immer wieder warnend vorausgesagte Folge der Franklenpolitik der Saarregierung, die nur aus den politischen Franzosierungsgründen betrieben wurde, blind gegen alle Tatsachen des Wirtschaftslebens an der Saar und mit verantwortungsloser Rücksichtslosigkeit gegen das Wohlergehen der vom Völkerverbund dieser Regierungskommission anvertrauten Saarbevölkerung. Die Saarregierung hat alle Gründe, die Protestbewegung der Bergarbeiter möglichst mundtot zu machen, damit ihr von französischer Seite inspirierte Katastrophenspolitik nicht allzu deutlich beleuchtet wird. Zu diesem Zwecke wendet sie nun die dunkelsten politischen Mittel an. Sie versucht, ihre Schuld auf Deutschland abzuwälzen und inszeniert in ihrem Propagandablättern „Der neue Saarkurier“ einen Verächtlichungsfeldzug gegen die anerkannten und bewährten Führer der Saarbergarbeiter und fabelt von angeblichen Wühlereien und Hebereien der „preussischen Elemente“ im Saargebiet, die an allem schuld sein sollen. Bezeichnenderweise werden diese Lügen nur im französischen Teile des Blättchens losgelassen. Man glaubt also selbst nicht daran, die Saarbevölkerung mit diesen Hebereien größter Art irreführen zu können, aber man will das Ausland täuschen. Die Saarregierung versucht außerdem natürlich, jeden Zusammenschluß der Organisationen zu verhindern und geht in diesem Bestreben bis zur mitbräuchlichen Anwendung ihrer Regierungsgewalt, indem sie Führern des Berliner Hauptverbandes einfach die Einreise ins Saargebiet verweigert.

Der Kampf der Saarbergleute gegen die Diktatur im Saarbergbau ist ein wichtiger Teil des Abwehrkampfes der gesamten Saarbevölkerung gegen eine Regierung, die, wie sie durch jede Handlung beweist, und wie von französischer Seite mehr als einmal in aller Öffentlichkeit zugestanden wurde, nicht Vertreter und Treuhänder des Völkerverbundes, sondern Vertreter der französischen Annexionsinteressen im Saargebiet ist.



## Der Intrigenkampf gegen die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet.

Bereits im ersten Anfang der Besetzung des Rheinlands begann die französische Politik unter dem Schutz der dort errichteten Besatzungsmächte nach allen Seiten die Fäden ihrer Intrigen zu spinnen, um ihre Loslösungsziele durchzusetzen. Das Haupthindernis wurde von den Führern dieser dunklen Treibereien von jeher in der deutschen Zivilverwaltung des besetzten Gebietes gesehen, und so begann zwar zuerst regellos, aber doch intensiv und von allen Seiten eine Mißarbeit, um durch Propagandabekämpfungen einerseits die deutsche Verwaltung bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu diskreditieren und durch verdeckte Eingriffe die Verwaltung selbst immer mehr auszuscheiden. Inzwischen hat sich aus diesen Machenschaften ein geregelter System entwickelt, das in seinen Hauptpunkten hier kurz überblickt werden möge. Es begann mit einer durch eine große Pressekampagne, die sowohl in der französischen Propagandapresse des besetzten Gebietes als auch in der Pariser Presse durchaus einseitig geführt wurde, verführten Verschiebung der grundsätzlichen Einstellung. So wurden Reisen französischer Minister ins besetzte Gebiet als durchaus berechtigt dargestellt, während man gegen die Reise eines deutschen Verwaltungsministers in sein Verwaltungsgebiet lärmenden Protest erhob. In diesem Sinne arbeitete die französische Propagandapresse weiter, um sowohl dem Ausland als den Bewohnern des besetzten Gebietes die deutsche Verwaltung immer mehr verächtlich zu machen. Die direkten Eingriffe in die Verwaltung wurden dann mit diesen Propagandapropägen bedeckt und sanktioniert. Auf diese Weise bestrafte man, ungeführt durch alle Proteste, deutsche Beamte, die Befehle der Rheinlandskommission nicht sofort durchführen konnten, weil sie ihren Dienstverpflichtungen gemäß sich an ihre vorgeordnete Stelle wandten; so zwang man andererseits die deutsche Verwaltung, Französlinge, die aus reinen Disziplinarurteilen strafverurteilt werden mußten, in ihren alten Dienststellen zu belassen. Der erste entscheidende Vorstoß, um die im Rheinland beschäftigten Beamten, die aus dem unbesetzten Gebiet stammten, endgültig zu entfernen, erfolgte durch den Befehl des kommandierenden Generals im Brückenlopp Düsseldorf, dem zufolge alle deutschen Beamten aus dem unbesetzten Gebiet durch Rheinländer ersetzt werden sollten. Trotz aller Proteste wurde dieser Befehl selbstmännlich nicht zurückgenommen. Der Grund ist jetzt durch ein Ereignis klar geworden, das dieses damalige Vorgehen als einen Akt der Feindschaft. Als Krönung aller bisherigen Vorstöße gegen die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet hat sich jetzt die Interalliierte Rheinland-Kommission einen unerhörten Eingriff gegen alles Recht und gegen alle Vertragsbestimmungen zuschulden kommen lassen, der das ganze Intrigenystem blutartig beleuchtet. Sie hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete eine Note gefandt, in der sie unter der „Begründung“, Deutschland schide systematisch Lehrer aus dem unbesetzten Gebiet ins Rheinland, die durch ihre Gesinnung die Sicherheit der Besatzungsstruppen gefährdeten, die Ablicht kundtut, einen Untersuchungsanspruch für den im besetzten Gebiet erteilen Unterricht einzuführen.

Unter dem Schutz der im besetzten Gebiet zur Verteidigung aller Übergänge herangezogenen Truppe von der Sicherheit der Besatzungsstruppen und mit der Motivierung durch eine haltlose Verächtlichkeit der deutschen Beamtenschaft des besetzten Gebietes wird hier ein unerhörter Gewaltakt gegen die geistige und die Lehrfreiheit in den deutschen Schulen versucht. Der überliste Gesinnungs Terrorismus wird stabilisiert, um den französischen Loslösungsbestrebungen wirksam unter die Arme greifen zu können. Hier ist für alle Welt sichtbar, der Hebel angelegt worden, um die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet ohnmächtig zu machen, weil man für politische Intrigen freie Bahn braucht. Außerst bezeichnend ist, daß die Presse der französischen Agenten Smeets und Konstantin mit genau denselben Phrasen ausgiebig für die Ungerechtigkeit Stimmung zu machen versucht.

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, die trotz der Besetzung aus der eine unerhörte Bedrückung geworden ist, und trotz aller politischen Anfechtungsversuche nach wie vor fest zum Deutschtum steht, wird geschloffen mit allen Deutschen gegen diesen Akt der Vergeßlichkeit protestieren.

## Politische Neuigkeiten. Das vorläufige Moratorium.

Cannes, 13. Jan. In einer um 12 Uhr mittags beginnenden gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und der Reparationskommission, zu der die Delegation eingeladen war, führte Lloyd George aus: Mit Befriedigung habe er den gestrigen Ausführungen Dr. Rathenau's entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas

teilzunehmen gewillt sei. Er bedaure, daß der deutschen Delegation Angelegenheiten aus den Verhandlungen erwachsen seien, die infolge des Abbruchs der Konferenz unterbrochen werden müßten. Die übrigen Delegierten befänden sich in der gleichen Lage. Die Reparationsfrage werde vertagt werden müsse.

Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission, Du Bois, die nachstehende Entscheidung:

Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistenden Barzahlungen, durch Sachlieferungen oder Entnahmen aus dem Rückverhaht nicht schon eingegangen sind oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden oder nicht schon geschätzt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen:

1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 18. Januar 1922.

2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan zum deutschen Budget und dem deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.

3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den oben unter 2. erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben.

Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlich während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des Londoner Zahlungsplans fälligen Summen innerhalb von vierzehn Tagen, gerechnet von dem Datum und je nach den Umständen der von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung zu zahlen ist. Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegt, werden sie sofort von ihr den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheide.

Reichsminister A. D. Dr. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genoa Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung sehe der Abmittlung des Einladungsschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar d. J. fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Anmerkung des W.D.: Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunden bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.

## Das Kabinett Poincaré.

Paris, 13. Jan. Poincaré hat die Bildung des Kabinetts endgültig angenommen. Nach den bisher noch nicht bestätigten Nachrichten soll sich das Kabinett folgendermaßen zusammensetzen: Vorsitz und Außenminister: Poincaré, Justiz und Vizepräsident: Raybet, Inneres: Maura, Kriegsministerium: Magasinier oder Barthe, Marine: Landry, Finanzen: Delafosse, Handel: François-Marcel oder Sazanowitsch, Unterricht: Leon Herrard, Arbeit: Durand, Kolonien: Sarraut, Arbeitsministerium: Darracq oder Cestac oder Jourdain. — Die radikal-sozialistische Gruppe der Kammer hat heute einstimmig beschlossen, daß sie die demokratisch-republikanische Entente und den nationalen Bloß als die Parteien betrachte, die die Verantwortung für ein homogenes Ministerium übernehmen müßten und daß unter diesen Umständen kein Mitglied der radikal-sozialistischen Partei sich an der Bildung des Ministeriums beteiligen könne.

Paris, 13. Jan. Das „Journal des Debats“ schreibt zum Abgang Briand's, er habe sich zurückgezogen, wie er verhandelt habe! Ohne Offenheit und ohne Würde. Seine Handlungen vor dem Obersten Rat hatten in Widerspruch gestanden mit seinen Worten. Er habe sich in London über das hinaus verpflichtet, was er auszusprechen habe. Er habe das Land auf Wege führen wollen, auf die weder das Parlament noch die öffentliche Meinung ihm hätten folgen wollen. Seine gestrige Rede nennt das Blatt Theater. Wenn Briand sich einbilde, daß er in Schönheit abgegangen sei, so täusche er sich. Übergehend zu der Kabinettsbildung durch Poincaré schreibt das Blatt, er habe schon einmal eine ebenso defekte Krise durchlebt. Er habe Caillaux ersetzt und habe im Jahre 1911 die kompromittierte englische Entente durch persönliche Verhand-

lungen sichergestellt. Kein Engländer könne an seinen Absichten zweifeln, noch an der Festigkeit, mit der er der englischen Allianz anhängen werde.

Der „Temps“ schreibt, jede rückblickende Diskussion sei nunmehr überflüssig. Lloyd George gedente morgen mit Poincaré in Paris zusammenzutreffen. Das Blatt stellt fest, daß Briand Recht gehabt habe, als er gestern offen heraus erklärte, die Mehrheit für das Moratorium stehe fest; in der Schwere schienen nur noch die Kompensationen für Frankreich zu sein.

Die „Liberté“ schreibt, nach der Politik der Verwicklung die Millerand und nach der Politik der Anpassung, die Briand betrieben habe, werde die rationale Durchführung des Friedensvertrages, deren Poincaré sich voraussichtlich befleißigen werde, die dritte Erfahrung sein. Sie werde Festigkeit, tautes Blut und auch Geduld erfordern. Es dauere länger, einen Abgang hinauszutreiben, als ihn herunterzuleiten.

Der „Intransigent“ wünscht, daß Poincaré, ein Mann von Gewissen und Gedächtnis, seine Erfahrungen darauf verwenden werde, die gegenwärtigen Schwierigkeiten ohne ruckweise Entscheidungen und ohne Unvorsichtigkeit zu lösen.

Die „Lanterne“ schreibt zum Rücktritt Briand's: Welche auch immer die Regierung von morgen sein werde, sie werde das Opfer eines unheilbaren Antagonismus sein. Sie müsse eine mögliche Politik betreiben und auf die sinnlose Politik verzichten, von der die Kandidaten des nationalen Bloßes träumten, als sie ihren Wählern läckenlose Reparationen und die Milliarden des besetzten Deutschland versprochen.

Die „Action Française“ ruft aus: „Briand geht! Es lebe Frankreich!“ Das Blatt schreibt, man sei einzig darin, daß die Reparationsfrage dem einmütigen Wiederaufbau Europas nicht untergeordnet sein dürfe, sonst würden Deutschland und Rußland wirtschaftlich Frankreich überflügeln.

Gustave Hervé schreibt in der „Victoire“: Briand ziehe sich zurück und glaube, er sei das Opfer niedriger parlamentarischer Manöver. Er, Hervé, glaube, daß er sich täusche. In allen Kreisen sei eine tiefgehende Erregung entstanden, da Briand's Umgehung des Antrags beanstanden habe, ihm in Cannes nicht begreiflich zu machen, daß er als Vertreter Frankreichs sich nicht mit Lenin und dem Reichskanzler Wirth in zwei Monaten an einem Tische niederlassen könne. Von diesem Tage an sei die öffentliche Meinung Frankreichs wie eine nationale Erniedrigung erschienen. Welche Enttäuschung sei es doch im ganzen Lande gewesen, zu beobachten, daß Lloyd George fast ausschließlich eine militärische Allianz verhindern wollte und jenes Aide memoire veröffentlichte, in dem durch eine Allianz mit England nur der Rhein und nicht die polnischen Gebiete, die einem deutschen Angriff stärker ausgesetzt seien, hätte geschützt werden sollen und der entbehrlichen Bedingung, die Unterseebootsflotte zu beschränken und Herrn Lenin zu umarmen, Lloyd George sei der einzig wahre Urheber der augenblicklichen Ministerkrise.

André Tardieu schreibt im „Echo National“, Briand habe verstanden, daß weder das Parlament noch das Land ihm folgen. Aber durch die Form, die er seinem Rücktritt gegeben habe, habe er daraus ein politisches Manöver gemacht, das alle Bürger verurteilen, denen die nationalen Interessen am Herzen liegen. Briand habe auf der Kammertribüne demissioniert. Dadurch habe er die Kammer beschändet, durch Reden oder Abstimmungen irgend eine Meinung kundzugeben. Im selben Augenblick, in dem er diese Meinungsäußerung unmöglich gemacht habe, habe er sich bemüht, sie so auszuliegen, daß die Kammer vor dem Land verantwortlich sein solle für die Fehler, die sie nicht begangen habe. Briand habe durch seine Politik die Allianz mit England in einen Krisenzustand geführt, aus dem seine Nachfolger sie wieder herausführen müßten. Es handle sich nicht, wie Briand's Freunde sagen, darum, den Rast zum Scheitern zu bringen, sondern darum, die Freundschaft zu retten.

Alfred Capus schreibt im „Gaulois“, die Lage des Ministeriums sei unhaltbar geworden aus tiefgehenden und subtilen Gründen. Zudem Briand erklärt habe, er glaube nicht mehr die notwendige Autorität zu besitzen, um Frankreich in Cannes vertreten zu können, habe er in Wirklichkeit im Parlament gesagt: „Meine Politik ist nicht die Deinige. Wir sind nicht mehr einig!“ Man könne die Politik Briand's, aber nicht die der parlamentarischen Mehrheit. In welcher Richtung wolle der nationale Bloß die Außenpolitik des Landes orientieren? Mit wagen Formeln und Reden könne man sich nicht ewig zufriedengeben; es komme die Stunde, in der man handeln müsse. Handeln aber heiße vor allen Dingen, Aufklärung geben. Wann habe das Parlament durch die Stimme eines Führers das versucht? Niemals! Wenn man die französische Politik nicht präzisieren, werde man aus der Zusammenhanglosigkeit nicht herauskommen. Briand hinterlasse eine Politik, die man die Politik der französisch-englischen Allianz nennen könne. Man könne gewiß deren Bedingungen und Klauseln ändern und das System sei weit davon entfernt, vollkommen zu sein. Aber wer wage zu sagen, daß die ent-

## Wie lehrt man guten Prosastiel.

Von Walter von Molo.

„Meister des Stils über Sprach- und Stillehre“ — ein soeben bei W. G. Teubner in Leipzig erschienenen Buch — enthält Beiträge der bedeutendsten zeitgenössischen Dichter u. Schriftsteller, die, selbst jeder in seiner Art, keine feingefühltere Kunstwerke darstellen und uns zugleich einen Einblick in ihre Meisterwerkstätten gewähren.

Der deutsche Schulaufsatz der höheren Schulen genügt nicht; darüber sind alle Verantwortlichen einig. Eine Reform ist nötig. Der „freie“ oder „persönliche“ Aufsatz aber nicht den Sachverhalt. Der persönliche Schulaufsatz war sehr verdienstvoll, er war eine nötige seelische Pforte, als die Jugend keine andere Möglichkeit hatte, sich in der Schule persönlich zu geben — das ist aber heute, gottlob, anders; in den meisten höheren Lehranstalten herrscht jetzt ein schönes und unüberwindliches Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern; der Einfluß, den die neue Literatur in unseren höheren Schulen fand, das Theater tun das übrige; der persönliche Aufsatz von heute kann die Erziehung zu einem unserer Nation würdigen Stil nicht erreichen, er ist noch nicht auf die veränderte Sachlage eingestellt.

Die Schule darf nicht dazu mißbraucht werden, Stilbilletanten zu erziehen, die Menge der Schüler darf nicht so unterrichtet werden, daß unter Hunderttausenden, die sich bürgerlichen Berufswegen zuwenden, der eine, der vielleicht künstlerische Begabung in sich trägt, gefördert wird (wenn es für solche Begabungen überhaupt direkte Schulförderungen gibt), auf Kosten aller andern. Das Bedürfnis des Durchschnitts ist ein guter Stil, das ist ein Stil, der kurz und prägnant das ausdrückt, was durch Worte dargestellt werden soll. „Künstlerischer Stil“ kann und darf nicht durch die Schule gelehrt werden, er ist nicht lehrbar und nicht lernbar, er dringt als Befehl

einer Persönlichkeit selbsttätig oder nicht hervor. Die Schule hat dafür zu sorgen, daß der Kaufmann, der Ingenieur, der Arzt, der Jurist, der Journalist, daß die praktischen Berufe einen deutschen, rein zweckvollen Stil schreiben. Der „freie“ Aufsatz erzieht fast durchaus, bei der Unreife seiner Erzeuger, zur bombastischen Verwendung angelegener, literarischer, ungenauer Wendungen oder der aus dem Alltag in die jungen Hirne einschwärmenden Phrasen. Der „freie“ Schulaufsatz hat in seiner gegenwärtigen Form keine Berechtigung mehr. Die Freimachung des jugendlichen Temperaments ist ihm abgenommen, der Schulaufsatz darf nur noch den Zweck haben, eine Stilübung zu sein.

Der Schüler muß endlich zu dem erzogen werden, daß er gegebene Tatsachen rein dinglich darzustellen vermag. Er soll nicht schwärmen, er soll nicht gehörte gangbare Ausdrücke und Wendungen wiederholen, er muß lernen, sich klar, kurz und treffend aus sich heraus auszudrücken. Der Schüler muß dazu erzogen werden, daß er ein Instrument, eine Zurückübung, einen Weg, eine Folge von Manipulationen, die etwas erzeugen, so zu beschreiben vermag, daß er die Worte und deren Aneinanderreihung nur zu dem Zwecke wählt, um das vor ihm stehende Konkrete möglichst schlicht und eindeutig verständlich zu machen. Einfachheit und Verständlichkeit sind das Schwere und das Schöne; sie können, sie müssen erzogen werden.

Der deutsche Aufsatz muß die Erziehung zum Tatsachenstil werden. Wir müssen auch hier endlich lernen, zu trennen; wir müssen endlich aufhören, zu „dichten“, wo Realitäten sind, wir müssen im realen Leben und für das reale Leben real sein. Wahre Freiheit ist selbstgegebene Beschränkung. Der „freie“ Aufsatz hat sich zu beschränken. Nur das Volk, das seinen Dichtern folgt, hat ein Recht, sich ein „Volk der Dichter“ zu nennen, ein Volk, das zum Stilbilletantismus erzogen ist, ein miserables Dilletantenvolk, kein Dichtervolk; die Schule gehört der Gesamtheit, die Gesamtheit besteht nicht aus Dichtern, sie hat die Realitäten des Tages zu sehen und damit zu wirken, sie hat auf dem Boden der Erde zu stehen. Nur wer

sich nichtern in die Dinge um ihrer selbst willen versenkt, dem quillt die Sehnsucht zum Himmel auf. Erst dann ist die Reise da, einer Dichtung gerecht zu werden. Bis dahin ist ein langer Weg, dem die Schule Dichtung geben kann und soll, mehr kann sie nicht erreichen, erstickend in der Fülle des heutigen Lehrstoffes. Dieses zu leugnen, ist kindischer Wahnsinn. Wer mit dem Himmel spielt, der hat nicht die Erde und nicht den Himmel, der ist ein Schwärmer. Wollen wir das sein, soll dazu erzogen werden?

## Landestheater.

### „Der Freischütz.“

In der gestrigen „Freischütz“-Aufführung stellte sich Georg Buttler von Göln in der Partie des Kaspar dem hiesigen Publikum vor. Herr Buttler bewirbt sich mit diesem Gespielspiel um das freigewordene Fach des 1. Bassisten; er ist eventuell schon für den Rest der Spielzeit als Gast in Aussicht genommen. Die gestrige Leistung war jedoch nicht dazu angeht, für den Sänger einzunehmen. Seine Stimmkräfte schienen wenig umfangreich zu sein, sowohl was Spannweite als auch Kraft anbelangt. Der eigentliche Charakter fehlte überhaupt dem Organ, so daß man sich nicht denken kann, wie er etwa einen Sarastro, der nach der Tiefe hin große Anforderungen stellt, bewältigen soll. Und wie soll er angesichts der geringen Klangfülle in einer Wagnerrolle der Wucht des Orchesters gegenüber bestehen können? Da auch seine Darstellungskunst wenig Bestechendes hat, kaum persönliche Züge aufweist und wenig Gestaltungsbereitschaft besitzt, so können wir weder eine dauernde noch eine auch nur geistweise Verpflichtung empfinden. Das Theater muß wohl oder übel in den launigen Apfell beissen und sich auf eine längere Gastspielserie gefaßt machen, bis eine tüchtige Kraft gefunden ist, die einen vollwertigen Ersatz für Carl Gieseler darstellt. S. R.



gegenüber Politik die Frankreich sein müßte? Das Problem sei, die Allianzen Frankreichs mit seinen Interessen und seinem Recht zu verbinden.

Das „Journal“ sagt, die Entscheidung Briands sei doppelt bedauerlich: erstens weil sie das Land mitten in den Verhandlungen eines geschickten Abwehlers beraube, der durch seine Geschmeidigkeit mehr als einmal gefährliche Zusammenstöße vermieden habe, alsdann aber auch, weil die Erklärung Briands nicht diskutiert und seiner Abstimmung unterworfen worden sei. Keine präzisieren Unterlagen des Willens des Parlaments über die in Cannes diskutierten Fragen könnten Briands Nachfolger gegeben werden.

Réon Blum schreibt im „Populaire“, die Lage, die die Demission Briands schafft, ist fast unentwerrbar. Die Kammer hätte sich über zwei Arten von Politik auszusprechen gehabt, für die, die Briand in Cannes praktiziert habe und die zu einem ersten Versuch internationaler Einberufung und internationaler Organisation führen können oder aber für die Politik Poincarés, die Frankreich nur zum Zweck mit seinen Alliierten, zu erheblichen Bräutlichkeiten gegenüber Deutschland und zum Konflikt mit dem Weltgewissen führen könne. Zu diesen beiden Arten von Politik habe die Kammer keine Stellung genommen. Niemand könne wissen — wenn Briand die Schlacht angenommen und bis zu Ende geführt hätte —, welche These den Sieg davongetragen hätte.

Der „Figaro“ schreibt, Briand habe sich zurückgezogen, bevor jemand die Krone habe in Stücke schlagen können, mit der er sich gekrönt habe.

Die „Humanité“ schreibt: Die Rechte der Kammer triumphiert, sie hat geiegt. Sie zieht die Außenpolitik der Gewalt vor, selbst wenn diese Haltung Frankreich in Europa und in der Welt in gefährlicher Weise isoliert.

„Deuxes“ sagt, Briand habe gestern vielleicht den größten politischen Sieg seiner Karriere davongetragen, alsdann aber seine Demission gegeben. Wenn er hätte abstimmen lassen, hätte er ein Vertrauensvotum von 420 Stimmen bekommen. Briand sei gegangen, weil er den Präsidenten der Republik sowie die Hälfte seiner Ministerkollegen gegen sich gehabt habe. Millerand habe Briand gefürzt.

### Der englisch-französische Bündnisentwurf.

Paris, 13. Jan. Der Entwurf des vorgesehenen französisch-englischen Garantievertrages wurde heute nachmittag veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:

Angesichts der Tatsache, daß Frankreich seit der Erinnerung lebender Menschen zweimal von Deutschland besiegt wurde und daß Frankreich tief durch die Verwüsthungen leidet, die auf den Feind zurückzuführen sind, da das französische und das englische Volk einen schrecklichen Tribut an Menschenleben und Geld bezahlt haben, um den Einfall der deutschen Heere zu rückweisen, da die Prosperität der europäischen Völker und die wirtschaftliche Organisation der Welt durch den langen Krieg tief erschüttert wurden, sowie endlich, weil die Sicherheitsgarantien Frankreich gegen einen zukünftigen Einfall Deutschlands unerlässlich sind für die Wiederherstellung der Stabilität Europas, für die Sicherheit Großbritanniens und für den Weltfrieden, aber da die im Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles entfallenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen zur Verteidigung der wesentlichen gemeinsamen Interessen der hohen Vertragschließenden, sowie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa, haben der König von England und der Präsident der französischen Republik folgende Abmachungen getroffen:

Artikel 1. Im Falle eines direkten und nicht provokierten Angriffes gegen das Gebiet von Frankreich durch Deutschland wird sich Großbritannien sofort mit allen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft auf die Seite Frankreichs stellen.

Artikel 2. Die hohen Vertragschließenden bestätigen aufs neue das gemeinsame Interesse, das für sie die Artikel 42, 43 und 44 des Vertrages von Versailles haben. Sie werden sich gegenseitig verpflichten, wenn die Bedrohung irgend einer Verletzung der angeführten Artikel besteht oder wenn ein Zweifel über ihre Auslegung entstehen wird.

Artikel 3. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich außerdem, sich gegenseitig zu verpflichten im Falle militärischer Maßnahmen irgend welcher Art, die mit dem Vertrage von Versailles unvereinbar sind und von Deutschland ergriffen werden.

Artikel 4. Dieser Vertrag bildet keine Verpflichtung für irgend ein Dominion des britischen Reiches, es sei denn, daß das interessierte Dominion ihn gebilligt habe.

Artikel 5. Der gegenwärtige Vertrag wird für die Dauer von zehn Jahren in Kraft bleiben und kann nach Ablauf dieser Zeit durch ein gemeinsames Abkommen erneuert werden.

### Völkerbund und Saarland.

Genf, 13. Jan. Die saarländische Abordnung ist heute nacht nach vierstündigem Aufenthalt in Genf nach Saarbrücken zurückgekehrt. Vor ihrer Abreise gaben die von Volkswirtschaft des Saargebietes mit Wahrung ihrer Rechte betrauten Vertreter der vier großen politischen Parteien dem Sonderberichterstatter des Volkswirtschafts folgende gemeinsame Erklärung ab:

Wir wissen nicht, ob der Völkerbundrat sich offiziell mit der Deutlichkeit der politischen Parteien befassen wird. Immerhin haben uns die einzelnen Staatsmitglieder in entgegenkommender Weise empfangen und uns Gelegenheit geboten, ihnen ausführlich die Wünsche der saarländischen Bevölkerung und die Verhältnisse im Saargebiet zu schildern. Wir haben auch den Eindruck erhalten, daß die Herren unseren Darlegungen durchaus Verständnis entgegenbrachten. Das einzige Staatsmitglied, vor das wir nicht gelangen konnten, war der Vertreter Frankreichs, obwohl wir gerade mit ihm eine Unterredung gewünscht hätten. Unserem Empfinden nach scheint das hauptsächlichste Hindernis für unsere Bestrebungen nach wie vor bei der Regierungskommission des Saargebietes zu liegen, die ihren ganzen Einfluß in entgegengegesetztem Sinne geltend machen dürfte. Die Entgegnung auf unsere Denkschrift, die sie gerade in diesen Tagen dem Völkerbundrat überreichte und aus der wir wenigstens zum ersten Male einen oberflächlichen Einblick in ihren Haushaltsplan erlangten, arbeitet wieder mit den bekannten Argumenten, die so wenig Verständnis dafür zeigen, daß die saarländische Bevölkerung nicht eine tote Verwaltungsmaterie, sondern ein lebendiger Organismus ist und daß die Völker, gerade unterdrückte Völker, eine Seele haben.

Wir kehren auf jeden Fall mit ungebrochenem Mut und erneutem Vertrauen in die gute Sache des Saargebietes zur Heimat zurück. Wir verlassen mit wehmütigem Gefühl die alte Republik Genf und die freie gaulische Schweiz. Wir haben nach dem Rufen halt in diesem Mutterland der Demokratie noch fester als bisher den traurigen Zustand unserer wirtschaftlichen Rechtslage empfunden. Gleichzeitig aber hat uns die Berührung mit der freien schweizerischen Eidgenossenschaft neue Kraft verliehen im Kampfe für unsere wesentlichen Volkrechte.

### Kassenbestand der Reichsbank.

Berlin, 13. Jan. Ein Gesekentwurf, betreffend den Kassenbestand der Reichsbank, ist am Donnerstag vom Reichsrat angenommen worden. Die Reichsbank beabsichtigt, einen Betrag an Gold, zunächst 50 Millionen Mark, bei der Bank von England zu hinterlegen und nach Bedürfnis zu lombardieren. Die Lombardierung soll nicht bloß erfolgen durch Beschaffung englischer, sondern auch anderer Devisen. Nach dem bisherigen Bankgesetz kann, wenn Goldbestände ins Ausland verbracht werden, die Reichsbank das Gold nicht mehr in ihrem Bestand führen. Im Gesetz wird vorgeschlagen, auszusprechen, daß als Teil des Kassenbestandes der Reichsbank im Sinne des Bankgesetzes auch solche Goldbestände gelten sollen, die bei einer ausländischen Zentralbank niedergelegt werden, soweit sie jederzeit zur freien Verfügung der Reichsbank stehen. Die Lombarddarlehen können jedoch nicht, um nur Reparationszahlungen zu leisten, sondern um uns über die vorübergehenden Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, aufgenommen werden. Es ist auch mit der niederländischen Bank eine Vereinbarung getroffen worden, um daraufhin ein Lombarddarlehen von 20 Millionen holländischen Gulden zu bewilligen, jedoch nur zur Zahlung von Schulden an Holland selbst. Der Goldschlag der Reichsbank, der jetzt nicht ganz eine Milliarde beträgt, ist von besonderer Bedeutung als Reserve für den Wiederaufbau.

### Völkerbundsrat.

Genf, 13. Jan. In öffentlicher Sitzung befaßte sich der Völkerbundsrat mit dem Notenwechsel zwischen dem ungarischen Ministerium des Äußern, der Völkervereinigung und dem Generalsekretariat über eine etwaige Grenzberichtigung zwischen Ungarn und Jugoslawien. Der Völkerbundsrat beschloß dem Völkervereinigung mitzuteilen, daß er vor einer Stellungnahme die Berichte der verschiedenen Grenzfestsetzungskommissionen über den Gesamtverlauf der ungarischen Grenze abwarten wolle. — In nicht öffentlicher Sitzung ernannte die Rat den Generalsekretär, den Mitglieder des Völkerbundes von neuem die Entschlieung der ersten Völkervereinigung zuzustellen, in der die verschiedenen Regierungen aufgefordert werden, in den nächsten beiden Haushaltsjahren nicht die im laufenden Haushaltsjahr vorgesehenen Rüstungsausgaben zu überschreiten.

Außerdem wurden eine Reihe von Verwaltungsfragen erledigt, des weiteren Einzelfragen betreffend den Frauen- und Kinderhandel in Kleinasien und den Opiumhandel. Andere auf der Tagesordnung stehende Fragen wurden der nächsten Tagung überwiesen, z. B. der französische Antrag auf Einholung eines Gutachtens des internationalen Gerichtshofes über die Zuständigkeit über den Umfang der Zuständigkeit des internationalen Arbeitssamtes in Landarbeiterfragen und die Frage der Nationalität der Bewohner von Randabgebieten. Der Völkerbundsrat wird sich morgen Samstag, u. a. mit der Lage der Armenier in Cilicien befassen und hierauf seine Tagung abschließen.

Genf, 13. Jan. Der finnische Gesandte in Paris, Entell, forderte heute den Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung auf, in die Ereignisse in Karelien eingzugreifen, da sie den Weltfrieden gefährden. Die Vertreter von Estland und Lettland unterstützten das Gesuch. Der polnische Vertreter sprach Kolens Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung aus. Der Rat beauftragte den Marschall Imperiali, morgen einen Entwurf zu einer Entschlieung in dieser Frage vorzulegen.

Genf, 13. Jan. Der Völkerbundrat nahm heute eine von Dänemark-Belgien entworfene Entschlieung über den litauisch-polnischen Streitfall an, die ohne Umwege erklärte, daß das langwierige Verhandlungsverfahren des Völkerbunds als gescheitert und beendet zu betrachten ist. Der Rat zieht daher die militärische Kontrollkommission in einem Monat zurück. Er verzeichnet aber mit Befriedigung die verschiedenen Erklärungen der beiden Parteien, die versprochen haben, sich jeder feindseligen Handlung zu enthalten. Er macht eine Reihe von Anregungen. So empfiehlt er, falls beide Staaten keine diplomatischen und konsularischen Beziehungen zueinander haben können, daß sie ihre Interessen den Vertretern befreundeter Mächte anvertrauen, die gleichzeitig die in der Entschlieung angelegten Maßnahmen überwachen könnten.

Der Rat schlägt ferner die Ersetzung der neutralen Zone durch vorläufige neutrale Linien vor. Zum Protest Litauens gegen die Wahlen in Wilna erklärt die Entschlieung, daß der Rat bei keinen Streitfällen, die ein Völkerbundsmitglied vor den Völkerbund bringe, eine Lösung anerkennen könne, die ohne Berücksichtigung seiner Empfehlung angenommen werden könne. Die Entschlieung stellt endlich fest, daß der Widerstreitschluß durch den Versailles Vertrag und die litauische Erklärung vom 14. Dec. 1921 geregelt sei und spricht die Hoffnung aus, daß die beiden Parteien der etwaigen Entsendung von Völkerbundsvertretern nach Wilna zur Untersuchung der Verhältnisse zustimmen werden. — Nach Annahme der Entschlieung sprechen sämtliche Staatsmitglieder Herrn Dhanans ihre Anerkennung und gleichzeitig ihr Bedauern darüber aus, daß der polnisch-litauische Konflikt nicht durch Annahme des Verhandlungsverfahrens erledigt werden konnte.

Genf, 13. Jan. Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, General Hating, wurde vom Völkerbundrat für ein weiteres Jahr in seinem Amte bestätigt. Über den polnischen Nachschlag bezüglich der Verwaltung der Stromwechsel, die nach der Entschlieung des Generals Hating der Stadt Danzig übertragen werden sollte, wird in Danzig verhandelt werden.

### Badische Uebersicht.

#### Ein seltsamer Unglücksfall.

Aus Gröbheim, Amt Staufien, wird dem „Staufener Tageblatt“ gemeldet: In dem schweren Unglück, das sich hier ereignet hat und das die ganze Gemeinde Gröbheim in Trauer versetzt hat, geht uns noch folgender ausführlich gehaltener Bericht zu:

Der Brunnenbau, an dem sich die Ausbesserungsarbeiten nötig machten, befand sich im Fundament des Hauses des Landwirts Kern. Nach Eintritt größerer Regenmassen mußte die Ausbesserung des Schachtes sofort vorgenommen werden. Der 70 Jahre alte Schmied Senn, welcher wegen seiner Tüchtigkeit und seiner Regsamkeit weit und breit bekannt und beliebt war, begann am Montag mit dieser Arbeit. Ploßlich stürzte der nahezu 11 Meter tiefe Brunnen in sich zusammen und begrub den in der Tiefe arbeitenden Senn bis zur Brusthöhe. Durch das Brunnentocher konnte er sich mit der Außenwelt verständigen und er gab in kurzen Zügen eine Schilderung seiner Lage. Hilfsbereite Männer aus unserer Gemeinde begannen sofort mit dem Rettungswerk, sahen aber von vornherein, daß die Arbeiten sehr schwierig waren, weil der Riesenhand seinen festen Halt des Erdinneren bot. Die Erdmassen gaben immer mehr und mehr nach und zuletzt hatte auch der Unglückliche nur noch einen Arm frei, mit dem er die nachdrückenden Erdmassen wegarbeitete. Nach seiner eigenen Angaben hatte er die noch eine freie Hand über seinen Kopf liegen, um einen drückenden, schweren Stein zu stützen. In dieser gefährlichen Lage befand sich der Mann bis zum Dienstag Abend. Man wollte ihn durch das Brunn-

entocher Speise und Trank zuführen, er lehnte aber ab und hat wiederholt, alle Möglichkeiten zu erwägen, die ihn aus seiner gefährlichen Lage befreien würden. Mit dem herbeigerufenen Rettungszug der Freiwilligen Feuerwehr von Freiburg versuchte man nun den bereits in Angriff genommenen Schacht, der von der Seite unterhalb des Hauses getrieben wurde, an den Mann heranzuführen. Trotzdem mit allen Kräften hieran gearbeitet wurde, hoffte man den Mann bis frühestens am Morgen des Mittwoch geborgen zu haben.

In der Nacht zum Mittwoch waren die Helfer bis etwa ein Meter zu dem Verschütteten vorgekommen, als sie bemerkten, daß in dem Innern des alten Schachtes, in dem sich der Verunglückte befand und mit dem Lode rang, ein Geräusch von stürzenden Erdmassen sich bemerkbar machte. Diese haben den Mann vollends zu Lode gedrückt. Man versuchte, sich noch mit ihm zu verständigen durch das Brunnentocher, aber kein Laut drang mehr herauf. In den nächsten Stunden stürzten weitere Erdmassen zusammen und sie nahmen auch die letzte Gemisheit, daß der 70 Jahre alte Mann in Ausübung seines Berufes einen tragischen Tod gefunden hat. Die Weiterarbeit in dem Schacht, der von den Hilfsmännern begonnen wurde, mußte eingestellt werden, da die große Gefahr bestand, daß die Hausmauer — die schon Risse zeigte — und mit ihr der Schacht ebenfalls einstürzen würde. Am Mittwoch früh wurde mit der Aufstellung einer neuen Mauer begonnen, während die alte Mauer abgetragen werden muß. Die Einwohnererschaft, insbesondere die Handwerkerleute teilten sich in dieser schweren Arbeit und weiterfern darin, jede weitere Gefahr fernzuhalten. Der Verunglückte stand allein. Seine Leiche ist beerdigt, bezw. leben in Freiburg, während seine Frau schon früher verstorben ist.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft. Wir machen unsere Leser auf die im Anzeigenteil veröffentlichte Zeichnungsaufforderung auf 255 350 000 M. reichsmündelsichere Vorkursaktien und 300 000 000 M. Teilschuldenscheine oder Handdarlehen der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft aufmerksam. Die zur Ausgabe gelangenden Vorkursaktien sind die einzigen bisher in Deutschland bestehenden reichsmündelsicheren Aktien.

\* „Kurzer Führer“ durch Karlsruhe. Nachdem der Verkehrsverein vor einigen Monaten einen großen neuen Führer durch Karlsruhe mit Stadtplan herausgegeben hat, ist von ihm nunmehr auch ein von Professor Dr. Deferting bearbeiteter „Kurzer Führer“ herausgegeben worden, der als erste Einführung in die Karlsruher Verhältnisse dienen soll und die wichtigsten und für den Fremden zunächst nötigen Auskünfte enthält. Der Führer hat ferner den Zweck, als Werbemittel für die Stadt Karlsruhe im In- und Ausland zu dienen und er soll auch in Versammlungen, bei Kongressen, Ausstellungen und anderen Gelegenheiten an Stelle des teureren großen Führers verteilt werden. Schließlich soll er durch den Führerautomaten im Hauptbahnhof an die hier antommenden Fremden abgegeben werden. Der Führer ist zum Preise von 1 M. zudem in der Hauptauskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 158, in der Zweigaustunftsstelle, Bahnhofspiaz 6, und im Kiosk am Hotel Germania erhältlich. Der „große Führer“ (mit Stadtplan), Preis 6 M., bietet nach wie vor die eingehendste Einführung in die Sehenswürdigkeiten, Vorgänge und Annehmlichkeiten der Stadt.

\* Badische Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung. Die in Baden weit verbreitete Zeitschrift „Der Bürgermeister“, Organ des Badischen Ratföhrerverbandes, erscheint seit Beginn dieses Jahres als „Badische Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung“ unter der Schriftleitung von Landgerichtsrat Dr. Fromberg im Verlage von Chr. Neubach in Karlsruhe. Sie will entsprechend der gesteigerten Vielgestaltigkeit des Rechtslebens in den üblichen Antworten auf Anfragen, Ausgügen auch wichtigen Entscheidungen und kleineren Abhandlungen in den täglich auftauchenden Fragen rasche und verlässliche und darum für die Praxis brauchbare Auskünfte bringen auf den näher bezeichneten 12 Gebieten des privaten und öffentlichen Rechts.

DZ. Heidelberg, 14. Jan. Nach dem Vorbild anderer Hochschulen hat sich kürzlich auch eine Gesellschaft der Freunde der Universität Heidelberg gebildet mit dem Zweck, durch freiwillige Beiträge die wissenschaftlichen Bestrebungen zu fördern und eine enge Fühlungnahme zwischen den Vertretern der Wissenschaft und des praktischen Lebens herzustellen. Es sind bereits namhafte Spenden zu verzeichnen. Erster Vorsitzender der Gesellschaft ist Kommerzienrat Dr. Hans Glemm, Direktor der Zellstoff-Fabrik Waldhof, zweiter Vorsitzender der jeweilige Rektor der Universität, derzeit Professor Dr. Beer. Schon ist eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern vorhanden.

DZ. Lahr, 13. Jan. (Eine Protesteingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Lahr). Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Lahr, hat an den Stadtrat von Lahr eine Eingabe gerichtet, worin er Protest erhebt gegen die unhaltbaren Zustände der Kreistreibererei, die sich bei der Brennholzverfeuerung bemerkbar machen. Besonders die Verfeuerung am 10. Januar 1922 habe einen Zustand geschaffen, der in der Einwohnererschaft lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen habe. In der Eingabe werden Vorschläge zur Abschaffung derartiger Vorkommnisse gemacht, außerdem wird gewünscht, daß der am 10. Januar stattgefundenen Verfeuerung des Brennholzes die Erteilung des Zuschlages zu versagen sei.

DZ. Konstanz, 13. Jan. (Eine mysteriöse Mordgeschichte.) In einem Hotel in Singen hat sich eine mysteriöse Geschichte zugegetragen. Seit kurzem wohnt in Singen ein aus dem Elsaß ausgewiesenes Ehepaar, der Mann hatte seine Frau im Verdacht der Untreue. Vor einigen Tagen nun soll die Frau ihren Mann zu einer Reise nach Straßburg veranlaßt haben, der Mann aber schöpfe Verdacht, fehre zurück und konnte seine Frau, deren Liebhaber mittlerweile im selben Hotel Wohnung genommen haben soll, nicht dazu bewegen, mit ihm, dem Gatten, wieder in dem Hotel zusammen zu wohnen. Die Frau bemerkte, sie habe für sich ein Zimmer allein genommen. Als sich die Frau endlich dazu herbeiließ, mit ihrem Mann das Zimmer aufzusuchen, fand sie dort bereits gedehnten Tisch. Sie sträubte sich indessen, mit ihm das Essen einzunehmen, worauf er ihr unermittelt mit einem Messer zwei Stiche in den Unterleib versetzte. Als sie fliehen wollte, versetzte er ihr außerdem noch einen Stich in den Nacken. Die Frau ist schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt, der Täter ist verhaftet. — (Salvarsanfieber.) In Altschbach ist die Verfolgungsbefehle einer sechsstägigen Salvarsanfieber- und Schmutzlergesellschaft, die auf die Spur gekommen, unter der sich auch ein Grenzaußheber befindet. Drei Verhaftungen sind bereits vorgenommen worden.

DZ. Schramberg, 14. Jan. (Streik in der Uhrenindustrie.) Am Freitag früh hat der seit einiger Zeit erwartete Streik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie an allen Orten eingesezt.



An dem Streik beteiligten sich etwa 35 000 Arbeiter. Wie man hört, finden aber bereits Einigungsverhandlungen in Donau-Eßlingen statt. Von dem Streik betroffen sind Schramberg, Billingen und Schwenningen, außerdem kleinere Betriebe in Erberg, St. Georgen und Fuchswangen.

### Aus der Landeshauptstadt.

**Aus der Stadtratsitzung vom 12. Januar.**  
Geschäftsgang beim Wohnungsamt. Nach den vom Stadtrat erlassenen Grundrissen und Richtlinien für die Ingebrauchnahme von Wohnungen ist vorgesehen, daß diejenigen Wohnungsfuchenden, welche berechtigt sind, auf dem Wohnungsmarkt aufzutreten (das sind alle Kaufschlüssigen, die vom Wohnungsamt jeweils zu bezeichnenden vorzüglichen Wohnungsfuchenden, sowie verheiratete Beamte und andere, welche nach § 18 der bad. Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 2. August 1920 eine Vorzugsstellung genießen), selbst die ihnen passend erscheinende Wohnung ausfindig zu machen haben. Das Wohnungsamt soll nur in Ausnahmefällen eingreifen und, gegebenenfalls nach erfolgter Beschlagnahme von Wohnungen, die unmittelbare Einweisung vornehmen. Das Aufsuchen von Wohnungen wird dann jedem Einzelnen verhältnismäßig leicht fallen, wenn die Wünsche und Wünsche aller Interessierten der Öffentlichkeit laufend zugänglich gemacht werden. In dieser Richtung laufende Bestrebungen werden durch Wohnungsausschüsse, wie sie in der letzten Zeit verschiedentlich ins Leben gerufen worden sind, mit schicklichem Erfolg gefördert. Auch von einem hiesigen Verlag wird z. B. ein Wohnungsausschreiber für das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet herausgegeben; derselbe Verlag plant auch die Herausgabe eines örtlichen Wohnungsanzeigers. Der Stadtrat begrüßt diese Bestrebungen und empfiehlt dem Publikum, von der Möglichkeit, Wohnungsgelegenheiten in Zeitungen oder Wohnungsanzeigern zu veröffentlichen, Gebrauch zu machen. Das Wohnungsamt soll Wohnungsfuchenden auf Grund der Ziffer III B 2 Abs. 4 der Richtlinien und Grundzüge eine besondere Förderung nur dann angedeihen lassen, wenn diese Möglichkeit in ausgiebiger Weise ausgenutzt worden ist. Über die Form solcher Wohnungsanzeigen ergibt sich eine besondere Bekanntmachung.

**Gebühren beim Wohnungsamt.** Das Wohnungsamt wird beauftragt, Drucksachen nur gegen Entgelt zu verabsorgen; es hat insbesondere aus Anlaß der Aushändigung der Vordringlichkeitskarte jeweils eine Gebühr von 20 M. zu erheben.

**Badisches Landestheater.** In der „Meisterfänger“-Vorstellung am Sonntag, den 15. Januar, singt Hajo Pauli erstmalig das Eichen, Willy Hiffen den Walter Stolz und Rudolf Beyer den Kogner. Die übrige Besetzung ist vom vorigen Jahre her bekannt, außer diejenige des Kogner, den Herr Kammerfänger Frey vom Landestheater in Stuttgart aus- hilfsweise übernommen hat. In derselben Vorstellung stellt sich Herr Hans Dausch vom Stadttheater in Breslau vor, der sich als David um die Stellung des Tenorbuffos bewirbt. Das Werk wird musikalisch von Operndirektor Cortolozzi und szenisch von Oberregisseur Lange geleitet. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

In der am nächsten Montag stattfindenden zweiten „Literarischen Abendfeier“: „Mafels (Alt-Weipzig)“, der die An- nahme einer Geburtstags- und Jubiläumfeier in einem vom nehmenden Leipziger Hause zugrunde liegt, werden als Be- teiler der literarischen Epoche, die ungefähr das zweite Drittel des 18. Jahrhunderts umfaßt, die Namen Klopstock, Lessing, Götter, Gleim, Gellert, Ernst Christian von Kleist, Sage- born, H. Christian Felig, Rabener, Kadaria und Correlli und Brodes, außerdem von Kondiktoren Glud, Correlli und Cou- querin erscheinen. — An der Ausführung des Programms ist der größte Teil des Schauspielpersonals und des Balletts unter Führung und Mitwirkung Fanny Bourgeois beteiligt. An hervorragender Stelle wirken die Damen Treubach, Möller, Raffe, Koormann, Pir, Germann und Selma Matzke, sowie die Herren Rüdiger, Enlein, Frey, Gemmede, Herz, Müller, von der Trend-Alt, Unger, Brand und Bittsch. Den verbindenden Dialog verfaßte Otto Kienigk als Gesamtleiter der Veranstaltung. Den musikalischen Teil leitet Hans Möller. Die Vorstellung beginnt um halb 8 Uhr.

Am Mittwoch, den 15. Januar, kommt Shakespeares „Kaufmann von Venedig“, der eine an der Handlung ausübt, zum sechstenmal zur Aufführung. — Am Samstag, den 21. Januar, geht als dritte Schauspiel-Aufführung dieser Spielzeit das dreikaktige Drama „Anna Bolena“ von Emil Bernhard in Szene, einem jungen Dichter, dessen Name des weiteren Öffentlichkeit zum erstenmal durch die Veröffentlichung der drei mit dem Max-Rehmer-Preis ausgezeichneten Bühnenwerke bekannt wurde. Seine Dichtung hat das Schicksal jener unglücklichen Geliebten und späteren Gattin Heinrichs des Achten zum Inhalt, die ihm statt des erhofften Sohnes eine Tochter, die nachmalige Königin Elisabeth von England, schenkte und unter der falschen Anklage ehebrücher Untreue an dem Schafott endete.

# RHEIN-MAIN-DONAU AKTIENGESSELLSCHAFT

## Zeichnungs-Aufforderung.

### M. 255 350 000 reichsmündelsichere Vorzugsaktien

(vom Jahre 1926 ab zum Kurse von 110%, vom Jahre 1937 ab zum Kurse von 115%, jederzeit auf Beschluss einer Generalversammlung, und bei Auflösung der Gesellschaft unter gesamtschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Reichs und Bayerns zum Nennwert rückzahlbar) der Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, während der Bauzeit mit 5% Bauzinsen, von da ab mit Vorzugsdividende bis zu 7%, die vom Deutschen Reich und von Bayern in Höhe von 5% gewährleistet ist, ferner

### M. 300 000 000 Teilschuldverschreibungen oder Handdarlehen

der Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, 5%, vom Jahre 1932 ab zum Kurse von 102%, rückzahlbar, vom Deutschen Reich und von Bayern gesamtschuldnerisch für Kapital und Zinsen verbürgt, erstetellig hypothekarisch einzutragen, reichsmündelsicher, werden hiermit zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden bis einschließlich 25. Januar 1922 bei den unterzeichneten Banken und Bankhäusern sowie deren sämtlichen Niederlassungen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Die Anmeldescheine sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.
2. Der Zeichnungspreis beträgt für: die Vorzugsaktien 103%, zuzüglich Schluscheinsteampel und 5% Stückzinsen ab 1. Januar 1922 bis zum 31. Januar 1922, die Teilschuldverschreibungen 100%, zuzüglich Schluscheinsteampel, die Handdarlehen 99%.
3. Die Abrechnung der gezeichneten Vorzugsaktien, Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen erfolgt per 31. Januar 1922, sodaß bei Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen, deren Verzinsung am 1. Februar beginnt, keine Stückzinsenverrechnung stattfindet. Die Handdarlehen müssen über Beträge von mindestens M. 250 000 lauten. Höhere Beträge müssen durch 50 000 teilbar sein.
4. Bei der Zeichnung muß auf Erfordern eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Nennbetrages hinterlegt werden, und zwar entweder in bar oder in solchen Wertpapieren, die von der betreffenden Zeichnungsstelle als zulässig erachtet werden. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird der überschüssende Teil der bestellten Sicherheit unverzüglich zurückgegeben werden.
5. Die Zuteilung erfolgt tunlichst bald nach der Zeichnung gemäß dem Ermessen der Zeichnungsstelle. Für die Zuteilung der Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen stehen uns weitere M. 300 000 000 zur Verfügung.
6. Die Bezahlung der zuteilten Beträge hat am 31. Januar 1922 bei derjenigen Stelle, bei der die Zeichnung bewirkt ist, während der Geschäftsstunden zu erfolgen. Am gleichen Tage hat die Abführung der auf gezeichnete Handdarlehen entfallenden Beträge an die Stelle, bei der die Zeichnung bewirkt ist, zu erfolgen.
6. Die Aushändigung der Stücke erfolgt möglichst bald nach besonderer Bekanntmachung.

Im Januar 1922.

Bayerische Staatsbank.	Deutsche Bank.	H. Aufhäuser.	Mitteldeutsche Creditbank.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.	Preußische Staatsbank (Seehandlung).	Anton Kohn.	Friedr. Schmid & Co.
Bayerische Vereinsbank.	Berliner Handels-Gesellschaft.	Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.	A. E. Wassermann.
Rheinische Creditbank.	S. Bleichröder.	Deutsche Vereinsbank.	Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
Bayerische Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G.	Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft.	Simon Hirschland.	Essener Credit-Anstalt.
Bayerische Girozentrale.	Delbrück Schickler & Co.	Sal. Oppenheim jr. & Cie.	A. Levy.
Bayerische Zentral-Darlehenskasse e. G. m. b. H.	J. Dreyfus & Co.	J. H. Stein.	B. Simons & Co.
Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H.	E. L. Friedmann & Co.	Vereinsbank in Hamburg.	Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
	Hardy & Co. G. m. b. H.		M. M. Warburg & Co.
			Württembergische Vereinsbank.

Sonntag, den 15. Januar 1922.  
**Landestheater.**  
5—nach 10 Uhr Mk. 55.—  
**Die Meistersinger von Nürnberg.**

**Konzerttheater.**  
7—geg. 10 Uhr Mk. 21.50  
**Liselott von der Pfalz.**

**Konzerttheater**  
**Badische Lichtspiele**  
für Schule und Volksbildung.  
Samstag, den 14. und Montag, den 16. Januar  
finden **keine** Vorstellungen statt.

Bei Manufakturwarengeschäften, Kaufhäusern und Dekorationsgeschäften gut eingeführt  
**Vertreter**  
sucht für sofort eine  
**Vogtländische Gardinenfabrik.**  
Mit der Tätigkeit kann sofort begonnen werden. Kollektion steht sofort zur Verfügung. — Offerten unter K. 949 an die Exped. der Karlsruher Zeitung.

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Billiges Sprengen von Baumstubben**  
mit Sicherheits-Sprengstoff **Romperit u. Silvit**  
schafft Brennholz und Ackerland.  
Druckschriften (Sprengmeisterleitfaden) über das bewährte „Romperit C“ Sprengkulturverfahren für Forst- und Landwirtschaft, Garten, Wein- und Obstbau gratis. Jedes Quantum sofort ab Lager Stuttgart-Unterürkheim lieferbar. K. 765  
**Friedrich Kübler, Augustenstr. 37, Stuttgart, Tel. 4501**  
Sprengstoffe, Berg- und Tiefbaubedarfsartikel.

Soeben erschien:  
**Statistische Monatsberichte**  
der Landeshauptstadt **Karlsruhe**  
Herausgegeben vom **Städt. Statist. Amt**  
1921. Nr. 3. Juli/Septbr.  
Preis 1 Mk.  
Zu haben in allen Buchhandlungen und beim Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14.

**Metallbetten**  
Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).  
**Charakter-entwurf**  
(20 Zeilen in Linde geschr.)  
Mk. 6.60 a. 566b  
**Grapholog. Institut**  
R. G. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30  
**Ein Waggon Heu**  
sehr gutes Heu  
zu verkaufen. Ebenfalls ist ein treuer und zuverlässiger **Knecht** für Landwirtschaft dauernde Stelle. Adresse zu erfragen unter K. 948 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streifige Gerichtsbarkeit.  
Effektive Zustellung einer Klage.  
R. 517.2 Mosbach. Die Ehe- und Verlobungs-Verträge in Regensburg e. G. m. b. H. in Regensburg, Pro- zessbevollmächtigter: Rechtsanwältin Spiegel in Regensburg, Regensburg, Regensburg, früher in Königs- hofen, jetzt unbekanntem Aufenthalts unter der Be- hauptung, der Beklagte schulde ihr aus Darlehen vom 22. März 1921 den Betrag von 5000 M. nebst 6 Prozent Zins seit 22. März 1921 mit dem An- trage auf kostenmäßige Beurteilung des Beklagten zur Zahlung dieser Schuld durch ein gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil.  
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechts- streits vor die 2. Zivil- kammer des Landgerichts Mosbach auf Samstag, den 1. April 1922, vormit- tag 10 Uhr, mit der Auf- forderung, einen bei dem genannten Gericht zuge- lassenen Rechtsanwält zu bestellen.  
Mosbach, 11. Jan. 1922.  
Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.

**Metallbetten**  
Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).  
**Charakter-entwurf**  
(20 Zeilen in Linde geschr.)  
Mk. 6.60 a. 566b  
**Grapholog. Institut**  
R. G. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30  
**Ein Waggon Heu**  
sehr gutes Heu  
zu verkaufen. Ebenfalls ist ein treuer und zuverlässiger **Knecht** für Landwirtschaft dauernde Stelle. Adresse zu erfragen unter K. 948 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Metallbetten**  
Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).  
**Charakter-entwurf**  
(20 Zeilen in Linde geschr.)  
Mk. 6.60 a. 566b  
**Grapholog. Institut**  
R. G. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30  
**Ein Waggon Heu**  
sehr gutes Heu  
zu verkaufen. Ebenfalls ist ein treuer und zuverlässiger **Knecht** für Landwirtschaft dauernde Stelle. Adresse zu erfragen unter K. 948 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser**  
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel**, 13 Werderstraße 13  
Rasiermesserfabrik, Karlsruhe, A. 565